

# REGION

## Begehren formal beantragt

**Bau** Die Bürgerinitiative „Nördlich der Karlstraße“ übergibt im Langenauer Rathaus eine Liste mit 1405 Unterschriften.

**Langenau.** Die Bürgerinitiative (BI) „Nördlich der Karlstraße“ hat ein Bürgerbegehren formal beantragt. Dazu reichte Markus Tannheimer, Sprecher und Vertrauensperson der BI, am Dienstag 1405 Unterschriften bei der Stadtverwaltung in Langenau ein. In Vertretung des Bürgermeisters Daniel Salemi, der Urlaub hat, nahm Beigeordneter Christoph Schreijäg die Listen in Empfang. Die BI hat das geforderte Quorum von 839 Unterschriften, sieben Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung, damit deutlich erreicht. Die Verwaltung hatte bereits berichtet, dass 1002 von zwischenzeitlich 1049 gültig seien.

„Wir haben fast zwölf Prozent aller Stimmberechtigten erreicht – und das Ganze unter Pandemie-Bedingungen“, sagt Tannheimer und ergänzt: „Aufgrund des großen Zuspruchs in der Bevölkerung sind wir sehr zuversichtlich für einen erfolgreichen Bürgerentscheid im Herbst.“

Dieser soll am Tag der Bundestagswahl am 26. September stattfinden. Zum einen, um „Ressourcen und Aufwand zu sparen“, wie Schreijäg erklärt. Zum anderen, um ein möglichst repräsentatives Meinungsbild zu erhalten, wenn ohnehin viele wählen gehen.

### Gemeinderat entscheidet im Juli

Zunächst muss die Verwaltung aber die Unterschriften prüfen. Dem Gemeinderat wird am Freitag, 16. Juli, das Ergebnis präsentiert. Das Gremium befindet dann über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens und über den Termin für einen Bürgerentscheid.

Wie berichtet, plant die Investoren-Seite um die Firma Rolf Kunze Wohnbau am Simontalgraben fürs Projekt „Wohnen im Park“ 87 Wohnungen in fünf Gebäuden mit begrünten Dächern und Fassaden. Darunter sollen 19 sozial geförderte Wohnungen sein. Empfehlungen des mobilen Gestaltungsbeirats der Architektenkammer Baden-Württemberg hat der Bauherr in seine Planung übernommen. Ursprünglich waren 116 Einheiten geplant.

Die BI kritisiert immer noch vor allem die Dimension der Bebauung und Höhen der Gebäude, die sich nicht in die durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägte Umgebung einfügten. Das Investor-Angebot, die Geschosshöhe zweier Gebäude zu verkleinern, reicht ihr nicht aus. Zudem stellen die meisten Wohnungen mit Preisen von 4500 Euro pro Quadratmeter oder mehr nicht den für viele bezahlbaren Wohnraum dar. Auch befürchtet die BI unter anderem negative Effekte für Parks und Verkehr sowie eine Hochwassergefahr. *Oliver Heider*